

Ursula Hoffmann-Lange, Deutsches Jugendinstitut München

RECHTSEXTREMISMUS UND GEWALTBE-
REITSCHAFT JUGENDLICHER IN DEN
NEUEN UND DEN ALTEN BUNDESLÄNDERN

1. Einleitung

Die sprunghafte Zunahme ausländerfeindlicher Übergriffe in Deutschland, die in den Rostocker Krawallen und den Morden von Mölln ihren traurigen Höhepunkt fand, aber auch die Erfolge extrem rechter Parteien bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein haben dazu geführt, daß im In- und Ausland die Frage wieder aktuell ist, ob es in Deutschland einen neuen Trend zum Rechtsextremismus gibt. Diese Frage ist aus historischen Gründen für die internationale Beurteilung Deutschlands sehr viel wichtiger als für andere europäische Nationen, in denen ähnliche Dinge durchaus auch vorkommen.

Die Frage nach dem rechtsextremen Potential in Deutschland wird zudem häufig auf die Frage der Anfälligkeit für rechtsextremes Gedankengut speziell bei den Jugendlichen zugespitzt. Dies liegt zum einen daran, daß an den Ausschreitungen primär junge Menschen beteiligt sind. Zudem ist es den rechten Parteien gelungen, beträchtliche Stimmenanteile bei den jungen Wählern zu mobilisieren. Schließlich spielt bei dieser Konzentration der Aufmerksamkeit auf die Jugendlichen auch eine Rolle, daß der Rechtsextremismus über lange Zeit - zumindest in der alten Bundesrepublik - als ein Phänomen betrachtet wurde, das primär die älteren Kohorten der unverbesserlichen Nazis betrafte, während man davon ausging, daß jüngere Menschen aufgrund ihrer Sozialisation unter demokratischen Bedingungen hiergegen weitgehend immun seien.

Die gängigen Erklärungsansätze für politischen Extremismus, Protest und Gewalt bewegen sich in einem Spektrum, das von strukturellen Erklärungen bis hin zu Erklärungen reicht, die Protest ausschließlich auf individuelle Ursachen zurückführen und Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Problemen und dem Auftreten

von politischem Protest eher herunterspielen. Tatsächlich schließen sich strukturelle und situative Erklärungsansätze aber gegenseitig nicht aus, sondern leisten für unterschiedliche Phänomene einen durchaus komplementären Erklärungsbeitrag. Um dies zu verstehen, muß man jedoch zwischen verschiedenen Erklärungsobjekten unterscheiden, nämlich zwischen Einstellungspotentialen einerseits und der Teilnahme an ausländerfeindlichen politischen Aktionen andererseits. Während man im ersten Fall Aussagen über die Verteilung rechter bzw. ausländerfeindlicher Einstellungen in einer Bevölkerungsgruppe macht, stellen die Teilnehmer an politischen Protestaktionen eine aktive Minderheit dar. Meinungstrends und die Entwicklung der Aktivitäten von Minderheiten müssen dabei keinesfalls parallel verlaufen, d.h. eine Zunahme von ausländerfeindlichen Aktionen geht nicht zwangsläufig auch mit einer Zunahme ausländerfeindlicher Einstellungen in der Bevölkerung einher.

2. Einstellungstrends in der alten Bundesrepublik

Man kann davon ausgehen, daß grundlegende politische Orientierungen wie Toleranz gegenüber Andersdenkenden oder Fremden sich im Verlauf der politischen Sozialisation bilden und dann im Lebensverlauf relativ stabil bleiben. Verschiebungen in den Orientierungen der Gesamtbevölkerung erfolgen daher in erster Linie durch die Entwicklung neuer Einstellungsmuster in den jüngeren Alterskohorten, die sich dann im Zuge der Ersetzung älterer Kohorten durch die nachwachsende Generation zunehmend verbreiten. Solche Verschiebungen sind in der Regel stärker durch langfristige gesellschaftliche Entwicklungen als durch kurzfristige politische Ereignisse bedingt.

In der alten Bundesrepublik sorgten der politische Schock der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die sich daran anschließende Diskussion um die Kriegsschuld der Deutschen dafür, daß nationalistische Einstellungen deutlich zurückgingen. Sogar der Nationalstolz der Westdeutschen ist mit etwa 60% bis 70% im internationalen Vergleich sehr viel geringer als in den übrigen Demokratien, mit Ausnahme Japans.

Auch im Hinblick auf autoritäre Einstellungen gab es in den vergangenen fünfundvierzig Jahren in der alten Bundesrepublik einen bemerkenswerten Rückgang. Dieser ist einerseits auf die systematischen Bemühungen um die Erziehung der nachwachsenden Generationen zu einer demokratischen und toleranten Haltung zurückzuführen, andererseits jedoch auch auf den in allen westlichen Demokratien beobachtbaren Wertewandel hin zu mehr Liberalität und Toleranz, der sich durch den gewachsenen Wohlstand, die größere wirtschaftliche Sicherheit, aber auch durch das steigende Bildungsniveau der Bevölkerung erklären läßt. Mit zunehmender Bildung nehmen nämlich sowohl autoritäre als auch nationalistische Einstellungen deutlich ab. Dieser Wertewandel wird vor allem von der jüngeren Generation getragen (vgl. hierzu u.a. Lederer, 1983; Inglehart, 1990).

3. Unterschiede zwischen den neuen und den alten Bundesländern
Umfrageergebnisse zeigen, daß autoritäre Einstellungen in der ostdeutschen Bevölkerung stärker verbreitet sind als in der westdeutschen. So ergab beispielsweise eine Umfrage unter Schülern, die 1990/91 von Gerda Lederer u.a. in beiden Teilen Deutschlands durchgeführt wurde, daß fast 30% der ostdeutschen, jedoch nur knapp 15% der westdeutschen Jugendlichen "disziplinierten Gehorsam der Autorität gegenüber" für eine wichtige Eigenschaft hielten (1991: 593). In einer anderen Jugendbefragung traten 71% im Westen und 78% im Osten für eine harte Bestrafung von Gewaltverbrechern ein (Melzer u.a., 1991: 127).

Die meisten Studien haben ergeben, daß auch nationalistische Einstellungen in den neuen Bundesländern etwas verbreiteter sind als in den alten. In einer Schülerbefragung des Deutschen Jugendinstituts (1992: 117) war beispielsweise ein deutlich höherer Anteil der DDR-Schüler stolz darauf, Deutscher zu sein (64% zu 48%), und mehr Jugendliche im Osten stimmten der Aussage zu, die Deutschen seien schon immer die Größten in der Geschichte gewesen (24% zu 16%). Dem entspricht, daß in der Jugendstudie von Lederer u.a. die ostdeutschen Jugendlichen wesentlich häufiger Vorurteile

gegenüber den Angehörigen anderer Nationen erkennen ließen (1991: 592).

Die stärkere Verbreitung autoritärer und nationalistischer Orientierungen in den neuen Bundesländern läßt sich größtenteils aus der Tatsache erklären, daß die Gesellschaftsstruktur dort noch sehr viel traditioneller ist als in Westdeutschland. Da Autoritarismus und Nationalismus traditionelle Werte darstellen, ist ihre größere Verbreitung in den neuen Bundesländern daher nicht weiter verwunderlich. Dementsprechend wurde vielfach darauf hingewiesen, daß die Werthaltungen der Bürger in den neuen Bundesländern in vieler Hinsicht denen der westdeutschen Bürger in den fünfziger Jahren ähneln (u.a. Bauer, 1991: 440; Behnken u.a., 1991).

5. Ausländerfeindlichkeit in Deutschland

Ausländerfeindlichkeit resultiert aus der Vorstellung, daß die Interessen der einheimischen Bevölkerung Vorrang vor den Interessen anderer nationaler Gruppen haben. Sie ist weiter verbreitet als nationalistische Überlegenheitsgefühle und nimmt unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen zu, da diese zwangsläufig zu einer Intensivierung wirtschaftlicher Verteilungskonflikte führen. Dies bedeutet jedoch gleichzeitig auch, daß das Ausmaß der Feindseligkeit gegenüber der Anwesenheit von Ausländern im eigenen Land kurzfristig stärker schwankt als das Ausmaß nationalistischer Einstellungen, die eher zu den konstanten Grundorientierungen gehören.

In der alten Bundesrepublik ging die Ausländerfeindlichkeit in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg langsam, aber stetig zurück. Ethnische Vorurteile und die Ablehnung von Gastarbeitern nahmen deutlich ab. Dies war durch den bereits erwähnten Wertewandel bedingt und machte sich als langfristiger Trend vor allem in den jüngeren Alterskohorten bemerkbar.

Die Ergebnisse verschiedener Umfragen zeigen im deutsch-deutschen Vergleich, daß Ausländerfeindlichkeit in den neuen Bundesländern

etwas weiter verbreitet ist als in den alten. So beträgt im Politbarometer vom Oktober 1992 der Anteil derjenigen, die es nicht in Ordnung finden, daß in Deutschland viele Ausländer leben, in den neuen Bundesländern 59.5%, in den alten hingegen lediglich 34.9%. In der jüngsten IBM-Jugendstudie sprachen sich 70% der Jugendlichen im Westen und 78% im Osten für eine Grundgesetzänderung beim Asylrecht aus, um dessen Mißbrauch zu verhindern. 50% bzw. 60% von ihnen waren der Meinung, daß es genug Ausländer in Deutschland gibt und keine weiteren mehr hinzukommen dürfen (Institut für Empirische Psychologie, 1992: 135ff.). Bei der Interpretation solcher Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Anteilswerte je nach konkreter Fragestellung beträchtlich variieren, so daß es nicht möglich ist, genaue Anteilswerte für "Ausländerfeindlichkeit" als globale Einstellung zu bestimmen. Umgekehrt betrachtet jedoch eine Mehrheit der Jugendlichen Ausländerfeindlichkeit als ein Problem, und nicht wenige sind sogar bereit, aktiv etwas dagegen zu unternehmen.

5. Erklärungsansätze

Die meisten der gängigen Erklärungsansätze für Rechtsextremismus differenzieren nicht zwischen verschiedenen Erklärungsobjekten, sondern beanspruchen, rechtsextremistische Orientierungen, die Wahl rechter Parteien und ausländerfeindliche Gewalttaten gleichermaßen zu erklären. Ein solcher Erklärungsansatz ist beispielsweise die populäre These von den Modernisierungsopfern. Diese besagt, daß Personen, die persönlich von wirtschaftlichen Problemen wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot betroffen sind, eine überdurchschnittliche Neigung zum Rechtsextremismus aufweisen (u.a. Klönne, 1989; Betz, 1991). Ein zweiter Erklärungsansatz sieht die Ursachen für Rechtsextremismus hingegen eher in Orientierungsproblemen, von denen angesichts der gesellschaftlichen Individualisierung und der Erosion traditioneller Bindungen und Verhaltenssicherheiten insbesondere junge Menschen betroffen sind (vgl. Heitmeyer, 1992).

Während es nun auf gesamtgesellschaftlicher Ebene tatsächlich deutliche Belege für die These vom Beitrag wirtschaftlicher Pro-

bleme zum Anstieg von recht(sextrem)em Protest- und Wahlverhalten gibt, zeigen Umfrageergebnisse regelmäßig, daß die persönliche wirtschaftliche Lage nicht mit rechten Einstellungen zusammenhängt und kaum Einfluß auf die Wahlentscheidung des einzelnen Wählers hat. Zudem ist auf der persönlichen Ebene die Wahrnehmung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage für das Wahlverhalten bedeutsamer als die eigene wirtschaftliche Lage. Übertragen auf die Ausländerfeindlichkeit, kann man hieraus den Schluß ableiten, daß nicht eine (wahrgenommene) Bedrohung der eigenen Lebenssituation durch Ausländer zu Ausländerfeindlichkeit führt, sondern hierfür eher die Wahrnehmung ausschlaggebend ist, daß die Anwesenheit von vielen Ausländern unerwünschte gesellschaftliche Auswirkungen hat.

Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind also kein individueller Kompensationsmechanismus für ökonomische Frustrationen. Ähnliches gilt für die These von der persönlichen Orientierungslosigkeit als Nährboden für rechtsextreme Orientierungen. So plausibel diese These scheinen mag, so findet sie doch wenig Bestätigung in den Umfragedaten. Wilhelm Heitmeyer (1992), der Hauptvertreter dieser These, konnte nicht einmal in seiner eigenen Untersuchung unter westdeutschen Jugendlichen den von ihm theoretisch erwarteten Zusammenhang zwischen persönlichen Identitätsproblemen und rechtsextremistischen Orientierungen nachweisen.

Der Beitrag wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme zum Anwachsen von Ausländerfeindlichkeit liegt daher in erster Linie darin, daß solche Probleme vor allem von Menschen in ungesicherter Situation als Bedrohung ihrer persönlichen Lebenssicherheit erlebt werden, was wiederum deren Anfälligkeit für ausländerfeindliche Parolen erhöhen kann. Sie schaffen also ein Mobilisierungspotential für politischen Protest. In beiden Teilen Deutschland gehören hierzu nicht zuletzt junge Menschen mit niedriger Schulbildung, die nicht mehr wie früher in fest vorgegebene Berufslaufbahnen hineinwachsen, sondern mit erheblichen Unsicherheiten bei ihrem Einstieg in eine kontinuierliche Berufslaufbahn

zu kämpfen haben. Insofern stellen die Angehörigen dieser unterprivilegierten Gruppen ein zahlenmäßig beachtliches Reservoir von Personen dar, die sowohl aufgrund ihrer relativ niedrigen Schulbildung als auch aufgrund ihrer geringeren Lebenschancen anfällig sein können für die Parolen rechter Parteien, die ihnen einfache Erklärungsmuster für die gegenwärtigen politischen Probleme und gleichzeitig scheinbar einfache Lösungen anbieten (vgl. u.a. Heitmeyer/Olk, 1990; Heitmeyer, 1992). Eine "Psychologisierung" des Zusammenhangs zwischen gesellschaftlichen Bedingungen und dem Ansteigen des rechten Protestpotentials ist jedoch nicht gerechtfertigt, da die intra-individuelle Dynamik der politischen Meinungsbildung weit komplexer ist. Welche Personen nämlich tatsächlich die entsprechenden Orientierungen ausbilden bzw. durch rechte Parteien bzw. Gruppen ansprechbar sind, hängt im Einzelfall von den allgemeinen Lebensorientierungen und dem persönlichen Umfeld eines Menschen ab.

6. Zur Gewaltbereitschaft Jugendlicher in den neuen und den alten Bundesländern

Neben extrem rechten Einstellungen ist Gewaltbereitschaft eine wesentliche Bedingung für die Teilnahme an ausländerfeindlichen Ausschreitungen. Diese ist nach allen vorliegenden Umfrageergebnissen in beiden Teilen Deutschlands sehr gering (vgl. Eckert, 1992). In der jüngsten SPIEGEL-Umfrage gaben 1% der Befragten im Westen und 2% derjenigen im Osten an, sie würden selbst bei einer solchen Aktion mitmachen, und weitere 9% bzw. 8% würden dabei zuschauen, aber selbst nicht eingreifen.

Die Ergebnisse der jüngsten Shell-Studie zeigen, daß die Gewaltbefürwortung auch bei den Jugendlichen sehr gering ist. In der Gruppe der 15-20jährigen hielten 3% der westdeutschen und 2% der ostdeutschen Jugendlichen eine Beschädigung fremden Eigentums unter bestimmten Umständen für gerechtfertigt, 3% (4%) Gewaltanwendung gegen Personen. In den älteren Altersgruppen liegen die entsprechenden Werte bei maximal zwei Prozent (Jugendwerk der Deutschen Shell, 1992: 78f.). Hochgerechnet auf absolute Zahlen mögen diese Anteilswerte dem Betrachter zwar erschreckend hoch

erscheinen, jedoch ist hierbei zu bedenken, daß die überwältigende Mehrheit der Jugendlichen in Deutschland politische Gewalt rundheraus ablehnt.

Politischer Protest - soweit er nicht von etablierten Oppositionsgruppen ausgeht - wird vor allem von jungen Menschen artikuliert und auf die Straße getragen. Dies liegt in erster Linie daran, daß Jugendliche einerseits eher geneigt sind, etablierte Strukturen in Frage zu stellen, und zum andern auch weniger in alltägliche Zwänge und Routinen eingebunden sind, die der Teilnahme an direkten politischen Aktionen entgegenstehen. Auch wissen wir aus vielen Jugenduntersuchungen, daß im Alltag von Jugendlichen die Zugehörigkeit zu Gleichaltrigengruppen eine große Rolle spielt. Diese Voraussetzungen führen dazu, daß bei Vorhandensein verbreiteter politischer Unzufriedenheit Gruppen von jungen Menschen eine erhöhte Neigung zu politisch motivierten Protestaktionen aufweisen.

Da in allen Demokratien Meinungsfreiheit herrscht und die Existenz politischer Gruppen toleriert wird, auch wenn deren Zielvorstellungen weit von der politischen Mitte abweichen, kann man davon ausgehen, daß in allen demokratischen Gesellschaften politische Randgruppen existieren. Ihre Aktivitäten bleiben allerdings in der Regel auf kleine Zirkel beschränkt. Erst wenn diese eine gewisse Resonanz in der Öffentlichkeit finden, haben sie eine Chance, aus diesem politischen Ghetto auszubrechen.

Zur Erklärung von Veränderungen im politischen Meinungsklima, die einer Verbreitung der politischen Vorstellungen solcher Minderheiten Vorschub leisten, kann die Theorie der Schweigespirale von Elisabeth Noelle-Neumann (1980) herangezogen werden. Diese Theorie besagt, daß Personen, die sich mit ihrer eigenen Meinung in Übereinstimmung mit der Meinung der Mehrheit fühlen, eher bereit sind, ihre Meinung öffentlich zu äußern als Personen, die davon ausgehen, daß sie sich mit ihrer Meinung in der Minderheit befinden. Durch die Wahrnehmung, daß sich die Mehrheitsmeinung in Richtung auf eine stärkere Übereinstimmung mit der eigenen

Meinung verändert, werden Personen also zur öffentlichen Meinungsäußerung ermutigt. Auf diese Weise können auch zunächst öffentlich tabuisierte Meinungen ihren Tabu Charakter verlieren. Dies führt dann zu einer Veränderung in der öffentlichen Thematisierung von Problemen, ohne daß vergleichbare Verschiebungen in den Einstellungen der Bevölkerung stattgefunden haben.

So haben vermutlich zunächst die Wahlerfolge der Republikaner der zunehmenden öffentlichen Artikulation einer nach wie vor relativ verbreiteten Fremdenfeindlichkeit Vorschub geleistet, indem sie zeigten, daß solche Einstellungen von vielen anderen geteilt werden. Vergleichbares gilt in der weiteren Entwicklung auch für die aktive Teilnahme an ausländerfeindlichen Ausschreitungen, da die Teilnehmer die Zustimmung der Umstehenden und die Resonanz in den Medien als Bestätigung für ihre Aktionen auffassen konnten. Auf diese Weise kam in Deutschland während der letzten Jahre eine Welle von politischen Gewalttaten ins Rollen, deren tatsächliche Unterstützung in der Bevölkerung vielfach überschätzt wird.

Literatur

Bauer, Petra, 1991:
Politische Orientierungen im Übergang. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Jg. 43 (Heft 3): 433-453.

Behnken, Imbke, u.a., 1991:
Schülerstudie '90. München: Juventa.

Betz, Hans-Georg, 1991:
Radikal rechtspopulistische Parteien in Westeuropa. Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft B44/91: 3-14.

Deutsches Jugendinstitut, 1992:
Schüler an der Schwelle zur deutschen Einheit. Opladen: Leske + Budrich.

Eckert, Roland,
1992:
Politische Beteiligung, Proteste und Gewalttätigkeit. In: Karl Starzacher, Konrad Schacht, Bernd Friedrich, Thomas Leif (Hrsg.), Protestwähler und Wahlverweigerer. Düsseldorf: Bund-Verlag: 77-93.

Fuchs, Dieter, Hans-Dieter Klingemann, Carolin Schöbel, 1991:
Perspektiven der politischen Kultur im vereinigten Deutschland.
Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 32: 35-46.

Heitmeyer, Wilhelm, 1992:
Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. 4. Auflage.
Weinheim und München: Juventa.

Heitmeyer, Wilhelm, Thomas Olk (Hrsg.), 1990:
Individualisierung von Jugend. Weinheim und München.

Inglehart, Ronald, 1990:
Culture Shift in Advanced Industrial Society. Princeton: Prince-
ton University Press.

Institut für Empirische Psychologie (Hrsg.), 1992:
Die selbstbewußte Jugend (Die IBM-Jugendstudie '92). Düsseldorf:
Bund-Verlag.

IPOS, 1989:
Einstellungen zu aktuellen Fragen der Innenpolitik. Mannheim:
Institut für praxisorientierte Sozialforschung.

Jugendwerk der Deutschen Shell, 1992:
Jugend '92. Band 2: Im Spiegel der Wissenschaften. Redaktion:
Jürgen Zinnecker. Opladen: Leske + Budrich.

Klönne, Arno, 1989:
Aufstand der Modernisierungsoffer. Blätter für deutsche und in-
ternationale Politik, 34. Jg. (Heft 5): 545-548.

Lederer, Gerda, 1983:
Jugend und Autorität. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Lederer, Gerda, Joachim Nerger, Susanne Rippl, Peter Schmidt,
Christian Seipel, 1991:
Autoritarismus unter Jugendlichen der ehemaligen DDR. Deutschland
Archiv, Jg. 24 (Heft 6): 587-596.

Melzer, Wolfgang, Wojtek Lukowski, Lutz Schmidt, 1991:
Deutsch-polnischer Jugendreport. Weinheim: Juventa.

Noelle-Neumann, Elisabeth, 1980:
Die Schweigespirale. Frankfurt a.M.: Verlag Ullstein.